

Gender Mainstreaming Newsletter 19/2015

- [Aktionsplan Frauengesundheit](#)
- [Bericht der Bundesregierung betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen](#)
- [Gleichstellung im Gespräch](#)
- [Gleichstellungsfest im BMBF – im Brennpunkt: Frauen, Wissenschaft und Technik](#)
- [Aktuelles](#)

Aktionsplan Frauengesundheit

40 Maßnahmen für die Gesundheit von Frauen in Österreich

Frauengesundheit – in seiner Komplexität ein kaum fassbares, breites Feld. Im vergangenen Jahr haben Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser beschlossen, diesem Thema im „Aktionsplan Frauengesundheit“ besonderes Augenmerk zu schenken und Ziele, Maßnahmen und Visionen übersichtlich zusammenzufassen. Kürzlich wurde ein Zwischenbericht präsentiert, der die Arbeitsergebnisse der vergangenen Monate festhält. Es wurden Vorschläge zur physischen und psychischen Krankheitsprävention bzw. Gesunderhaltung in den Lebensphasen Jugend, Erwerbsalter und Alter erarbeitet, die als Leitfaden des Aktionsplans dienen. Die Ministerinnen planen, im Frühjahr 2016 der Bundesregierung den Aktionsplan vorzustellen und ihn politisch auf Schiene zu bringen.



**Die Arbeitsgruppenleiterinnen Martha Scholz-Resch (junge Frauen), Beate Wimmer-Puchinger (Frauen im Erwerbsleben) und Katharina Pils (ältere Frauen)
Foto: BPD/BKA (Regina Aigner)**

Das Themenspektrum ist beeindruckend: es reicht von einem positiven Selbstbild junger Frauen, über die Wichtigkeit, auch im Erwerbsalter eine gute Balance zwischen beruflichen und familiären Verpflichtungen und Freiräumen zu finden und über die besonderen Herausforderungen, mit denen ältere Frauen und deren Angehörige konfrontiert sind. Darüber hinaus sind arbeitsgruppenübergreifend zehn Maßnahmen entstanden, die für Frauen in jeder Lebensphase relevant sind, wie Gewaltschutz, gendergerechte Gesundheitsversorgung oder Armutsrisiken.

Wichtig sei dabei auch gewesen, die vielen Aspekte mit zu berücksichtigen, die maßgeblich die Gesundheit beeinflussen – etwa die sozioökonomische Situation, die oftmals Rückschlüsse auf den Bildungsstatus, die ethnische Zugehörigkeit, oder die Geschlechtszugehörigkeit zulässt, betonte die Frauenministerin.

Im Folgenden werden einige Wirkungsziele vorgestellt:

1. Mädchen und junge Frauen

Wirkungsziel 7: Bei Mädchen und jungen Frauen ein positives Selbstbild für ein gesundes Leben fördern.

Die Folgen des Schönheits- und Magerkults, den überarbeitete Werbe- und Medienbilder forcieren, sind nicht mehr zu übersehen. Dass das Nacheifern dieser vermeintlichen Ideale physische und psychische Erkrankungen zur Folge haben kann, ist bewiesen und hinlänglich bekannt.

Diesem Trend müsse entgegengesteuert werden - dies ist auch ein erklärtes Ziel von Frauenministerin Heinisch-Hosek. „Ein positives und gesundes Selbstbild zu entwickeln, ist eines der Ziele, das mir besonders am Herzen liegt“, so Heinisch-Hosek. „Genussfähigkeit ist da ein wichtiges Stichwort.“

Dass dringend Handlungsbedarf besteht, belegte Martha Scholz-Resch, Arbeitsgruppenleiterin für junge Frauen, mit Zahlen: 40 bis 70% der Mädchen zwischen 12 und 16 Jahren sind mit zwei oder mehr Bereichen ihres Körpers unzufrieden, 50 bis 80 Prozent der Mädchen und jungen Frauen möchten dünner sein, 20 bis 60% der adoleszenten Mädchen machen Diäten.

2. Frauen im Erwerbsalter

Wirkungsziel 10: Durch gerechte Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit die gesundheitliche Chancengerechtigkeit für Frauen fördern.

Zentrale Risikofaktoren für Frauengesundheit in der Phase des Erwerbslebens seien überholte Rollen- und Körperbilder, verschiedene Formen der Gewalt, der Gender Gap und die Belastungen durch die Pflege- und Erziehungsarbeit, sagte Beate Wimmer-Puchinger, Frauengesundheitsbeauftragte und Professorin für Gender-Medizin an der Universität Wien, bei der Präsentation des Zwischenberichts. Entlastungen schaffen könne man durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Frauen sowie durch den Ausbau sozialer Dienstleistungen.

Wimmer Puchinger warnte auch vor den Gefahren einer Medikalisierung des weiblichen Körpers. Als Beispiele für Medikalisierungstendenzen ^[1] nannte sie etwa Viagra für die Frauen mit erheblichen Nebenwirkungen sowie Schönheitsoperationen.

3. Ältere Frauen

Dr. Katharina Pils griff als Leiterin der Arbeitsgruppe „Ältere Frauen“ aktuelle medizinische Fragestellungen dieser Alterskohorte heraus. „Wir wollen Selbstbestimmung in hohem Alter gewährleisten“, betonte Pils. Denn die derzeitige Diskussion zeige das Spannungsfeld zwischen den heute immer größer werdenden medizinischen Möglichkeiten der Lebensverlängerung und der Sinnhaftigkeit lebenserhaltender Maßnahmen.

Der Aktionsplan Frauengesundheit soll dazu beitragen, Alter(n) als Chance für die Gesellschaft darzustellen und den Frauen jeweils adäquat entsprechend ihrer Bedürfnisse und Ressourcen zu begegnen. Denn, so Pils, „gesamtgemeinschaftlich gesehen ist man heute mit 60, 70 Jahren nicht alt. In diesem Alter steigt der Anteil ehrenamtlicher Tätigkeiten, etwa als Großeltern oder in der Pflege. Menschen in diesem Alter leisten ungeheuer viel.“ Schlüsselwörter für ein gutes Älterwerden seien „Lieben, lernen, laufen“, also empathisch zu sein, in sozialen Netzwerken zu leben und konfliktfähig zu bleiben. Eine Voraussetzung, die für ein Altern in Würde nötig ist, ist Geld, was vielen älteren Frauen fehlt. Von Altersarmut sind überproportional viele Single-Frauenhaushalte betroffen. Die Armut wirkt sich dramatisch auf die Lebensqualität und den Gesundheitszustand aus. Daher sind folgende Maßnahmen zur Linderung der in Not geratenen älteren Frauen angedacht:

Wirkungsziel 16: Armutsgefährdete ältere Frauen erhalten Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihre Selbsthilfefähigkeiten zu erhalten sowie selbstbestimmt und autonom zu leben.

Armut ist weiblich – die durchschnittliche Bruttopension einer Pensionistin betrug 2013 mit monatlich 886 Euro deutlich weniger als die durchschnittliche Bruttopension eines Mannes mit 1.466 Euro. Zur Unterstützung armutsgefährdeter älterer Frauen soll in der Gesundheitsversorgung folgende Maßnahme beitragen:

Maßnahme 37: „One-Stop Shop“ für die Beantragung und Abwicklung von Sozialleistungen sowie für Pflegeberatung etablieren.

Ein regionales „One-Stop Shop“ für Pflegeberatung und Hilfe bei Anträgen sowie Hilfsmittelerwerb wird flächendeckend eingerichtet. Damit soll eine österreichweit einheitliche Struktur geschaffen werden und der Informationszugang vor allem für ältere Frauen erleichtert werden.

Pils dazu: „Alter darf kein Ausschließungsgrund für Leistungen sein. Es sind aber auch die älteren Menschen gefordert, gestalterisch mitzuwirken.“ Abschließend betonte Pils die Wichtigkeit, einen guten Umgang mit dem jeweiligen familiären Umfeld zu bewahren, frei nach dem Motto „sei lieb zu deinen Kindern, denn sie suchen dein Altersheim aus.“

Der vollständige Aktionsplan Frauengesundheit ist unter: www.goeg.at/cxdata/media/download/zwischenbericht_apfrauengesundheit_20150828_2.pdf abrufbar.

Informationen zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Österreich finden Sie unter: www.goeg.at/cxdata/media/download/bestandsaufnahme_letztfassung_aug2015.pdf

[1] Unter Medikalisierung wird ein Prozess verstanden, in dessen Verlauf ein gesellschaftliches Phänomen, das bis dahin nicht ausschließlich als medizinisch relevant wahrgenommen worden ist, nunmehr in medizinischen Termini definiert und/oder mit medizinischen Mitteln behandelt wird.

Bericht der Bundesregierung betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen

Für den Berichtszeitraum 2013 – 2014 liegen neueste Zahlen vor.

Die Bundesregierung ist verpflichtet, alle zwei Jahre in einem Bericht die Maßnahmen und Aktivitäten darzustellen, die von den Ministerien gesetzt wurden, um die gesellschaftliche Gleichberechtigung von Frauen zu fördern. Der "Bericht der Bundesregierung betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen" behandelt, im Unterschied zum "Bundes-Gleichbehandlungsbericht", der den Stand der Verwirklichung der Gleichbehandlung und Frauenförderung im Bundesdienst zum Gegenstand hat, alle Maßnahmen der Ressorts, die nach außen wirken.

Statistische Kennzahlen belegen die Benachteiligung von Frauen

Die nach wie vor bestehenden ökonomischen wie strukturellen Unterschiede zwischen Männern und Frauen lassen sich an den Zahlen ablesen.

Zwar verringert sich dieser Abstand allmählich, trotzdem lag 2013 das Bruttoeinkommen von Frauen immer noch 39%, ihr Nettoeinkommen 32 % unter dem der Männer. Das hat zur Folge, dass auch das monatliche Arbeitslosengeld von Frauen um 17% und die Notstandshilfen 16% unter dem lagen, was Männer im Durchschnitt erhielten. Die Frauenpensionen betragen im Durchschnitt 48% weniger als die Pensionen der Männer. Die Erwerbsquote von Frauen lag 10,1% unter der der Männer, ihre Teilzeitquote hingegen um 36,1 % höher.

Auch im Hinblick auf die Vermögensverteilung, zeigt sich dass 2014 weibliche Single-Haushalte im Durchschnitt um ein über 40% geringeres Vermögen als männliche Single-Haushalte verfügten.

Kinderbetreuungsgeld wird in Österreich nach wie vor überwiegend von Frauen bezogen, daran hat sich auch in den letzten Jahren kaum etwas geändert. Auf Basis der laufenden Monatsstatistik betrug der Väteranteil an allen BezieherInnen und Varianten von Kinderbetreuungsgeld im Jahre 2013 nur etwas über 4%, wobei die Beteiligung bei den kürzeren Kinderbetreuungsgeldvarianten deutlich höher war als bei den längeren Varianten.

Frauen waren 2013 immer noch stärker armuts- und ausgrenzungsgefährdet als Männer. Dies betraf vor allem alleinlebende Pensionistinnen (rund 30%) und Haushalte mit einer Hauptverdienerin (29%).

Quantitative und qualitative Bewertung der gesetzlichen Maßnahmen

Die Maßnahmen der Ministerien, um insgesamt zu mehr Gerechtigkeit zu gelangen, umfassen ein weites Spektrum. Dazu dient die Schaffung von Einrichtungen, die es Frauen und Männern ermöglichen, ihre familiären Verpflichtungen mit ihrer Berufstätigkeit zu vereinbaren ebenso wie sozialpolitische Maßnahmen, welche die Benachteiligungen von Frauen in Hinblick auf den Umstand, dass sie Mütter sind oder sein können, abbauen sollen. Es wurden Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichbehandlung im Arbeitsleben wie auch aktive Frauenförderungsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wissenschaft, Kunst und Kunstförderung sowie öffentlicher Dienst gesetzt. Benachteiligungen sollen auch durch allgemeine Maßnahmen, welche die Existenzsicherung vor allem im Alter, bei Invalidität und Arbeitslosigkeit betreffen, abgebaut werden.

Der gesamte Bericht:

www.bmbf.gv.at/frauen/publikationen/abbau_benachteiligungen_2013.pdf

Gleichstellung im Gespräch

PISA-Studie belegt: Geschlechterdifferenzen an Schulen noch immer präsent

Claudia Schreiner, Direktorin des BIFIE in Salzburg, erläuterte bei der Veranstaltungsreihe „Gleichstellung im Gespräch“ anhand aktueller Ergebnisse der Pisa-Studie die unterschiedlichen Leistungen und Bildungszugänge von Mädchen und Burschen.



Claudia Schreiner bei ihrem Vortrag im BMBF (Foto: BKA / Georg Stefanik)

Noch immer gibt es sie – die unterschiedlichen Ergebnisse von Mädchen und Burschen an österreichischen Schulen. Und sie manifestieren sich dort, wo sie traditionell schon seit Jahren und Jahrzehnten sichtbar und erwartbar sind: Mädchen können besser lesen, Burschen besser rechnen. Für 15-/16-Jährige Mädchen ist Lesen ein Vergnügen – wenn der Begriff Lesen allerdings auf andere Medien als Bücher ausgedehnt wird, gibt es nur kleine Unterschiede, beim Online-Lesen sogar gar keine. Übrigens gibt im Erwachsenenalter dann gar keine Unterschiede in der Lesehäufigkeit mehr – weder beruflich noch privat. „Das liegt daran, dass sich Erwachsene selbst aussuchen, was sie lesen wollen“, so Claudia Schreiner, Direktorin des BIFIE, bei ihrem Vortrag im Rahmen der Gleichstellung im Gespräch im BMBF.

Doch zurück zur Schullaufbahn. Da gibt es nämlich schon im Volksschulalter klare Platzzuweisungen: So sind Buben in der Sonderschule deutlich überrepräsentiert (67%) oder werden erst später eingeschult, da sie der Vorschulstufe zugewiesen werden. Mädchen besuchen hingegen häufiger eine maturaführende Schule (AHS, BHS) als die Burschen (45%),

die selbst wiederum deutlich häufiger eine Lehre absolvieren. Als Folge davon haben Frauen höhere Hochschulzugangs- und Abschlussquoten.

Naturwissenschaften: Buben trauen sich mehr zu

Der Frage, wieso Buben in naturwissenschaftlichen Fächern besser abschneiden, ging Schreiner ebenfalls nach: Zunächst haben Buben in der Volksschule nur leichte Vorteile, die bis zum Ende der Pflichtschule immer größer werden. Buben haben etwas mehr Freude an Mathematik, aber vor allem haben sie eines: Mehr Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten. Von der „Selbstwirksamkeitsüberzeugung“ sprach Schreiner in diesem Zusammenhang. Im internationalen Vergleich sind gerade in Österreich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern erkennbar.

Der Vortrag im Detail:

www.bmbf.gv.at/frauen/gender/gig_va6_praes.pdf

Gleichstellungsfest im BMBF – im Brennpunkt: Frauen, Wissenschaft und Technik



Anna Steiger, Vizerektorin für Personal und Gender an der TU Wien
(Foto: Regina Aigner, BPD/BKA)

Beim heurigen Gleichstellungsfest mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek stand das Thema „Frauen, Wissenschaft und Technik“ auf dem Programm. Ein Thema, das schon ausgiebig diskutiert wurde, wie Anna Steiger, Vizerektorin an der TU Wien für Personal und Gender, bei ihrem Vortrag eingangs einräumte. „Frauen und Wissenschaftswelten scheinen nicht zusammenzupassen.“ Ein Problem? Warum sei es denn überhaupt nötig, Frauen in der Technik zu haben...?

Welche Vorteile hat die Gesellschaft davon?

Zunächst bedauerte Steiger die wachsende Kritik an Gender-Themen, etwa von Seiten der Medien. So werde die wachsende Ungleichheit unserer Gesellschaft durch Diversitätskriterien wie soziale oder nationale Herkunft, Religion usw. immer stärker in den Blick genommen



Vortrag im Palais Porcia beim Gleichstellungsfest

(Foto: Regina Aigner, BPD/BKA)

– wie etwa beim heurigen Europäischen Forum Alpbach. Dass die Ungleichheit mit der Gender-Problematik verbunden werde, sei jedoch ein skurriler Ansatz, zitierte Steiger Medienberichte.

Ein Blick in die Vergangenheit beweise aber das Gegenteil: denn die Vorstellung von Frauen auf Universitäten löste weit verbreitete Ängste aus, wie Steiger mit einem Zitat aus dem Jahr 1919 belegte: Damals wurden Frauen als ordentliche Hörerinnen an zahlreichen österreichischen Universitäten – u.a. auch der TU Wien – zugelassen.



Mitarbeiterinnen der Frauensektion (aus der Abteilung IV/1) ...
(Foto: Magdalena Bruckmüller-Schindler)

Eingemahnt wurde jedoch, dass die Zulassung von Frauen zum Studium keine „Schädigung und Beeinträchtigung der männlichen Studierenden“ zur Folge haben dürfe ... Heute – fast hundert Jahre später – gibt es österreichweit etwa 30.000 Studierende, und 1.400 Frauen an technischen Hochschulen. An der TU Wien sind 28% Studentinnen gemeldet. „Seit Jahren werden Lösungen nach einer Trendumkehr gesucht“, so Steiger. Wichtig sei, die kritische Zeitspanne der Teenagerzeit in den Blick zu nehmen, denn laut einer OECD-Studie fangen Mädchen in diesem Alter an, ihr anfängliches ausgeprägtes Interesse an Naturwissenschaft, das sie noch im Volksschulalter haben, zu verlieren.



... und noch aus der Abteilung IV/3
(Foto: Magdalena Bruckmüller-Schindler)

Die TU versucht mit Aktionen wie Sommerworkshops, dem Töchertag der Stadt Wien oder dem Girls' Day des Bundes, usw. gezielt Mädchen anzusprechen und zu gewinnen. Auch das BMBWF setzt gezielte Initiativen – wie etwa den Girls' Day MINI, um auch schon kleine Mädchen für die Technik zu begeistern.



Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit MitarbeiterInnen des Landesverteidigungsministeriums
(Foto: Regina Aigner, BPD/BKA)

Zuletzt lieferte Steiger Antworten auf ihre zu Beginn gestellten Fragen nach dem Nutzen der Gender-Perspektive in Wissenschaft und Forschung. Unerlässlich sei sie etwa in der Medizin. Auf der TU werden künstliche Kniegelenke hergestellt, die auf die Bedürfnisse von Frauen und Männern zugeschnitten sind und sich in der Konsistenz erheblich unterscheiden. Steiger unterstrich zuletzt, dass in Institutionen alle KollegInnen berufen seien, bestehende Ungleichverhältnisse zu tilgen und nicht allein die Gender-Beauftragten.

Aktuelles

CEDAW: Neuer deutscher Kommentar zum UNO-Übereinkommen wird am 5. Oktober im BMBF präsentiert



Das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) ist die wichtigste internationale rechtliche Grundlage zur Durchsetzung der Rechte von Frauen. Österreich hat seit der Ratifizierung 1982 zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention ergriffen. Dennoch ist die Gleichstellung von Frauen und Männern noch keineswegs erreicht und CEDAW wenig bekannt. Dem ersten CEDAW-Kommentar in deutscher Sprache kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion zu. Er trägt zur weiteren Bekanntmachung der Konvention bei, richtet sich an

Gesetzgebung und Rechtsanwendung und soll darüber hinaus betroffenen Frauen und Frauenorganisationen als Instrument zur Durchsetzung gleicher Rechte und zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter dienen.

Der Kommentar wird am 5. Oktober 2015 von 17 bis 19 Uhr präsentiert.